

Nerb, Gernot; Stangl, Anna

Article

Weltwirtschaftsklima günstiger nach dem Kriegsende im Irak

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nerb, Gernot; Stangl, Anna (2003) : Weltwirtschaftsklima günstiger nach dem Kriegsende im Irak, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 56, Iss. 12, pp. 19-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163924>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Weltwirtschaftsklima günstiger nach dem Kriegsende im Irak

Ergebnisse des 80. World Economic Survey (WES) vom April 2003¹

19

Gernot Nerb und Anna Stangl*

Die Zeitspanne des Rücklaufs der Fragebögen war von sich überschlagenden Ereignissen auf der geopolitischen Szene gekennzeichnet. Daher ist eine differenzierte Betrachtung der Umfrageergebnisse notwendig. Während die erste Aprilhälfte von der Eskalation des Irak-Konflikts und wirtschaftspolitischer Unsicherheit geprägt war, zeichnete sich bereits in der zweiten Aprilhälfte ein rasches Kriegsende ab. Die Urteile der WES-Teilnehmer, die nach dem Sturz der Saddam-Regierung eingingen (nach dem 9. April), zeugen von einem deutlich besseren Wirtschaftsklima (86,8 Punkte) als die Urteile, die vor dem Ende der Kriegshandlungen abgegeben wurden (79,6 Punkte). In Tabelle 1 sind die Umfrageergebnisse getrennt nach diesen beiden Terminen ausgewiesen; die übrigen Tabellen und Graphiken basieren auf den Ergebnissen für den gesamten April.

Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

- Die aktuelle Weltwirtschaftslage wurde nicht besser eingeschätzt.
- Dagegen haben sich die Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten verbessert.
- Keine Beschleunigung des Inflationstrends für 2003 erwartet.
- Die WES-Experten sehen zwar noch Spielraum für weitere Zinssenkungen, der allerdings ihrer Einschätzung nach sehr klein geworden ist.
- Der Euro erscheint etwas überbewertet.
- Die WES-Experten zeigen sich skeptisch hinsichtlich der neuen Handelsregelungen zur Abwendung der Gefahr durch Terroranschläge.

Weltwirtschaftsklima: leichte Verbesserung des Klimaindikatoren Ende April

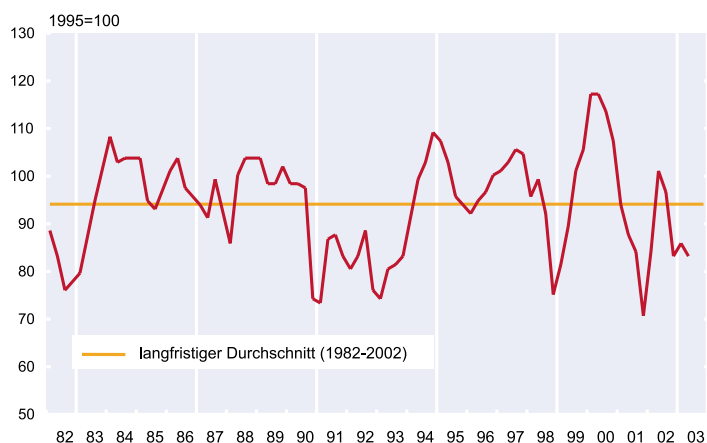
Betrachtet man nur die Umfrageergebnisse aus der zweiten Aprilhälfte, so setzte sich die Aufwärtsbewegung des Gesamtindikators (arithmetischer Durchschnitt aus den Urteilen zu der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den Erwartungen für die nächsten sechs Monate), die im Januar ansetzte, auch im April fort. Der leichte Anstieg des Gesamtindikators resultiert ausschließlich aus den zuverlässigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate, die Urteile der WES-Experten zur aktuellen wirtschaftlichen Lage bleiben demgegenüber unverändert.

Während sich die Aussichten für eine Erholung der Weltwirtschaft mit der raschen Beilegung des Irak-Krieges deutlich verbessert haben, ist mit der schweren Lun-

* Unter Mitarbeit von Olga Ronenko und mit Beiträgen von Wolfgang Nierhaus.

¹ Im April 2003 hat das ifo Institut zum 80. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey«, kurz WES, bei 1043 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 88 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

Abb. 1
ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IIQ/2003.

Tab. 1
Bewertungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation und der wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten 6 Monate vor und nach dem Kriegsende im Irak

LÄNDERGRUPPEN	Gegenwärtige wirtschaftl. Lage		Erwartungen für die nächsten 6 Monate		LÄNDERGRUPPEN	Gegenwärtige wirtschaftl. Lage		Erwartungen für die nächsten 6 Monate		LÄNDERGRUPPEN	Gegenwärtige wirtschaftl. Lage		Erwartungen für die nächsten 6 Monate	
	A	B	A	B		A	B	A	B		A	B	A	B
DURCHSCHNITT 88 LÄNDER	3,7	3,6	6,0	5,3		4,3	4,7	5,0	6,2		4,3	3,5	6,6	6,1
WESTEUROPA	3,0	3,0	6,4	5,3	MITTEL-u. OSTEUROPA	1,0	-	5,0	-	MITTEL-u. LATINAMERIKA	1,4	1,0	6,8	6,3
BELGIEN	1,0	3,9	7,7	5,2	BOSNIEN-HERZEGOWINA	5,8	5,4	4,2	6,6	BOLIVIEN	1,0	2,3	5,0	5,0
DÄNEMARK	5,7	7,0	6,3	5,0	ESTLAND	-	7,9	-	5,2	BRASILIEN	5,0	5,3	7,2	7,7
DEUTSCHLAND	1,2	1,5	7,1	6,2	JUGOSLAWIEN	-	5,0	-	7,0	CHILE	5,7	5,0	5,7	7,7
FINNLAND	5,4	5,4	5,8	6,1	KROATIEN	4,4	3,0	5,6	4,0	COSTA RICA	3,0	5,0	3,0	1,0
FRANKREICH	3,0	2,2	6,8	6,3	LETTLAND	5,0	5,0	9,0	5,0	EL SALVADOR	5,0	-	5,0	-
GRIECHENLAND	4,5	4,3	5,0	4,3	LITAUEN	9,0	6,6	5,0	6,6	ECUADOR	3,0	2,6	3,0	5,0
GROSSBRITANNIEN	5,0	4,3	4,6	3,2	POLEN	2,6	2,3	4,5	7,7	KOLUMBIEN	1,8	4,4	5,8	6,1
IRLAND	5,0	5,5	6,3	4,0	RUMÄNIEN	5,0	5,0	7,0	8,1	MEXIKO	5,0	3,2	7,0	5,9
ISLAND	-	5,0	-	9,0	SLOWAKEI	5,6	5,6	6,1	7,9	PANAMA	1,0	5,0	9,0	5,0
ITALIEN	3,2	2,6	8,1	5,5	SLOWENIEN	5,0	6,0	7,0	6,0	PARAGUAY	1,0	5,0	5,0	5,0
LUXEMBURG	-	5,0	-	1,0	TSCHECHISCHE REP.	4,0	5,6	4,0	5,3	PERU	5,8	5,0	7,4	6,6
NIEDERLANDE	3,4	2,3	5,0	5,5	UNGARN	5,0	5,0	4,4	3,9	URUGUAY	1,0	3,0	5,0	9,0
NORWEGEN	3,0	5,0	5,0	3,0						VENEZUELA	1,0	1,0	5,0	3,5
ÖSTERREICH	3,0	3,2	6,3	5,9	ASIEN	3,9	3,9	4,8	4,5	NAHER OSTEN	5,2	5,7	6,2	5,2
PORTUGAL	1,8	2,3	7,0	5,7	BANGLADESCH	5,0	3,7	5,0	7,7	BAHRAIN	5,0	3,0	9,0	1,0
SCHWEDEN	4,3	4,1	5,7	4,7	CHINA V.R.	8,3	7,7	5,0	4,3	IRAN	3,0	9,0	3,0	5,0
SCHWEIZ	1,6	3,2	6,1	5,4	HONGKONG	1,0	2,3	5,8	5,0	ISRAEL	1,0	1,0	7,0	7,0
SPANIEN	5,0	3,9	5,3	5,8	INDIEN	5,7	6,0	7,0	7,0	JORDANIEN	1,0	5,0	5,0	5,0
ZYPERN	-	3,0	-	9,0	INDONESIEN	3,7	3,3	5,0	3,9	LIBANON	1,0	-	5,0	-
					JAPAN	2,3	1,7	3,8	4,5	SAUDI ARABIEN	9,0	8,2	5,0	6,6
NORDAMERIKA	4,0	3,6	6,7	6,1	KOREA	3,7	3,0	4,3	3,7	TÜRKEI	2,0	2,5	8,0	5,3
KANADA	7,0	6,7	6,0	4,3	MALAYSIA	5,6	5,0	4,4	5,4	VEREINIGTE ARAB. EMIRATE	8,0	7,7	7,0	2,3
USA	3,4	2,9	6,9	6,5	MONGOLEI	-	5,0	-	5,0					
					NEPAL	1,0	-	5,0	-	AFRIKA	5,0	3,6	5,3	5,9
OZEANIEN	7,3	7,1	4,3	3,2	PAKISTAN	5,6	5,6	7,3	5,6	ALGERIEN	-	1,0	-	5,0
AUSTRALIEN	7,7	7,0	4,3	3,0	PHILIPPINEN	3,7	4,3	6,3	5,0	ÄGYPTEN	1,0	2,1	6,3	3,3
NEUSEELAND	5,8	7,5	4,2	4,0	SINGAPUR	3,0	4,0	5,0	5,0	KENIA	2,0	3,7	7,0	7,7
					SRI LANKA	4,0	1,0	8,0	9,0	MAROKKO	-	3,0	-	7,0
GUS	6,9	5,4	7,1	5,7	TAIWAN R.O.C.	3,0	5,0	5,0	3,0	NIGERIA	-	2,3	-	7,7
KASACHSTAN	9,0	-	5,0	-	THAILAND	5,4	4,0	3,7	4,0	SIMBABWE	1,0	1,0	1,8	1,4
RUSSLAND	7,0	5,5	7,0	5,5	VIETNAM	7,0	6,3	7,0	5,7	SÜDAFRIKA	6,7	5,9	5,0	6,1
UKRAINE	5,0	5,0	9,0	7,0						TUNESIEN	-	5,0	-	5,0

WES Skala: 1 - schlecht/schlechter; 5 - befriedigend/unverändert; 9 - gut/besser

A: 425 Urteile, die nach dem Ende des Irak-Krieges abgegeben wurden (nach dem 15.04.03)

B: 618 Urteile, die vor dem Ende des Irak-Krieges abgegeben wurden (vor dem 15.04.03.)

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), Q2/2003.

genkrankheit SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) ein weiterer Unsicherheitsfaktor vor allem über die asiatischen Märkte hereingebrochen. Die Auswirkungen von SARS auf die Weltwirtschaft sind zwar noch schwer einzuschätzen, aber bereits jetzt wurden mehrere Bereiche der Wirtschaft (Luftverkehr, Tourismus u.a.) beeinträchtigt. Insbesondere die Experten aus den asiatischen Volkswirtschaften, die von SARS betroffen sind (z. B. Hongkong und China), haben die Wachstumserwartungen deutlich nach unten revidiert.

Die aktuellen Meldungen der Weltgesundheitsbehörde (WHO) geben jedoch Anlass zur Hoffnung, dass die Krankheit in den meisten Regionen unter Kontrolle ist und die weltweite Verbreitung des Virus somit unterbunden werden konnte. Insgesamt wird von den WES-Experten in der zweiten Jahreshälfte eine beginnende langsame Erholung der Weltwirtschaft erwartet.

Westeuropa: Wirtschaftsklima hellt sich langsam auf

Ende April hellten sich die Aussichten für eine Erholung der wirtschaftlichen Situation in Westeuropa angesichts einer günstigeren geopolitischen Lage deutlich auf. An der ungünstigen Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage hat sich nichts geändert.

Die günstigsten Urteile zur derzeitigen Situation gaben die WES-Experten aus *Dänemark* und *Finnland* ab. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate deuten auf eine weiterhin positive Entwicklung hin. In *Norwegen* und *Schweden* wurde die gegenwärtige volkswirtschaftliche Lage dagegen als ungünstig beurteilt, und die Aussichten deuten auf keine Trendwende zum Besseren hin.

Innerhalb des Euroraums fielen nur noch in *Irland* und *Spanien* die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage befriedigend aus. Die wirtschaftliche Aktivität soll sich laut Einschätzungen der Experten im zweiten Halbjahr in etwa auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren.

In den übrigen Staaten des Euroraums, insbesondere in *Deutschland*, *Portugal*, *Frankreich* und *Italien*, fielen die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Situation überwiegend ungünstig aus, wobei nach dem Kriegsende im Irak die Wirtschaftslage etwas positiver bewertet wurde als in der ersten Aprilhälfte. Die Erwartungen sind nach dem Kriegsende deutlich nach oben gegangen.

Osteuropa: Das Wirtschaftsklima bleibt weiterhin stabil

Den Urteilen der osteuropäischen WES-Experten zufolge hat sich die aktuelle Wirtschaftslage gegenüber den Ergeb-

nissen der beiden letzten Umfragen vom Oktober 2002 und Januar 2003 weiterhin verbessert und kann nun allgemein als zufriedenstellend bezeichnet werden. Den Erwartungen der WES-Experten zufolge soll diese Entwicklung sich auch in der zweiten Jahreshälfte stabilisieren.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation sowie die Aussichten für die nächsten sechs Monate sind besonders positiv in *Litauen*, *Estland* und der *Slowakei*. Auch in *Bulgarien* wurde die aktuelle Wirtschaftslage als ausgesprochen zufriedenstellend beurteilt.

In *Polen* und *Tschechien* bezeichnen dagegen die Experten die gegenwärtige Wirtschaftslage überwiegend als unbefriedigend; auch in den nächsten sechs Monaten zeichnet sich keine Erholung ab.

In den übrigen osteuropäischen Staaten herrscht ein zufriedenstellendes Wirtschaftsklima vor; die Aussichten für das kommende Halbjahr sind laut WES-Experten insgesamt positiv.

GUS: Günstiges Wirtschaftsklima

Besonderes günstige Meldungen kamen im April von den WES-Experten aus der GUS. Seit Anfang 2002 waren optimistische Prognosen stets vom kontinuierlichen Wachstum begleitet.

In *Russland* wurde vor allem in der zweiten Aprilhälfte sowohl die allgemeine Wirtschaftslage als auch die Aussichten für die nächsten sechs Monate als ausgesprochen positiv beurteilt. Die gegenwärtige Situation soll sich – ausgehend von einem befriedigenden Niveau – in der *Ukraine* in den kommenden Monaten weiterhin verbessern und in Kasachstan auf dem derzeit zufriedenstellenden Niveau stabilisieren.

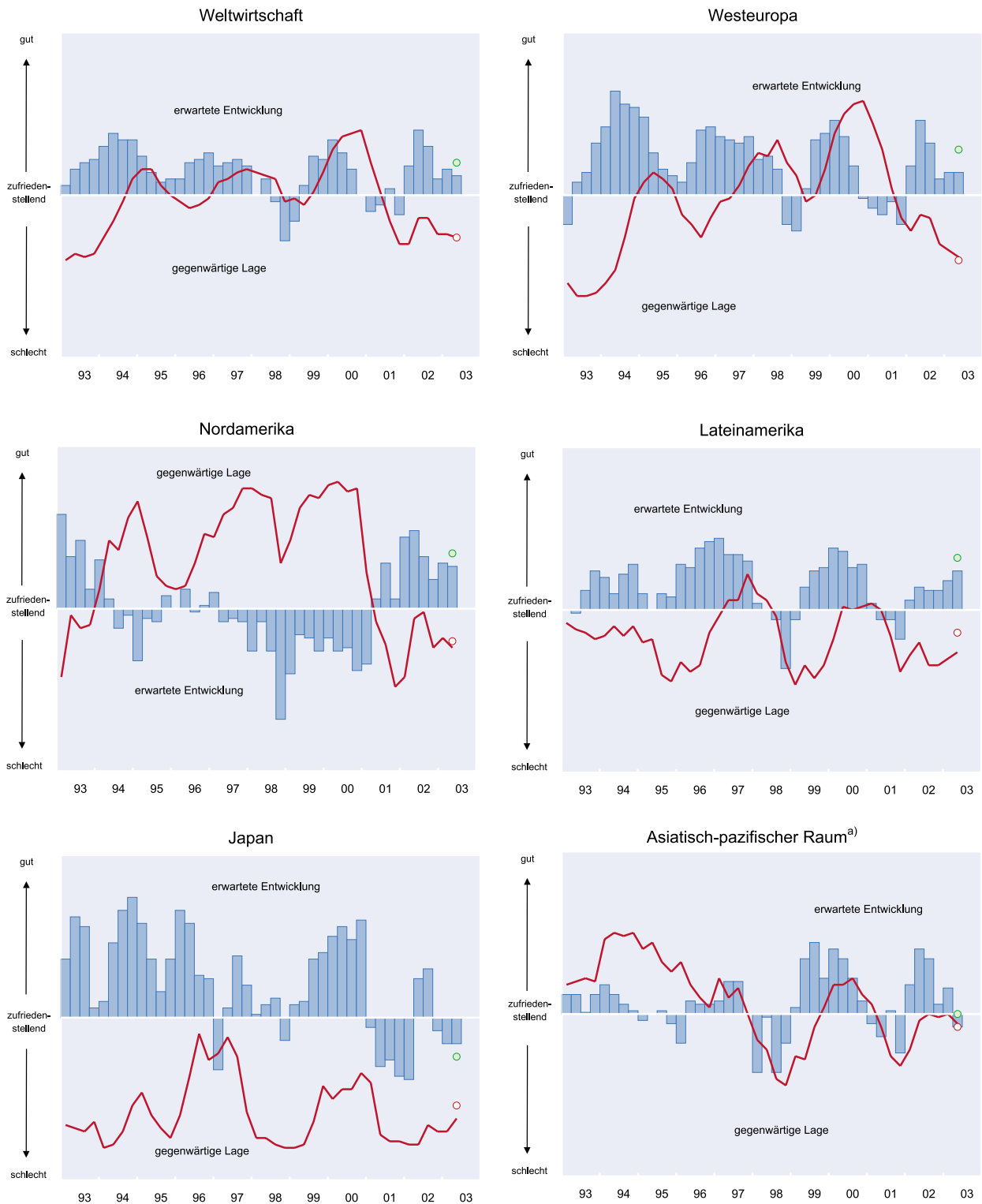
Nordamerika: leichte Verbesserung des Wirtschaftsklimas

Der schnelle Sieg der alliierten Streitkräfte unter der Führung der Amerikaner über das Saddam Hussein Regime zog die Erwartungen für die nächsten sechs Monate deutlich nach oben. Auch die Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage fiel in der zweiten Aprilhälfte deutlich besser aus als vor Kriegsende.

In den *USA* hat die konjunkturelle Erholung zwar noch nicht wirklich Tritt gefasst, was an der ungünstigen Beurteilung der gegenwärtigen Situation sichtbar wird, die Aussichten bleiben jedoch ausgesprochen optimistisch.

Ein wesentlich besseres Bild der konjunkturellen Entwicklung zeichnet sich nach den Angaben der WES-Teilnehmer

Abb. 2
Wirtschaftliche Lage



a) Australien, Neuseeland, VR China, Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam.
o Durchschnittlicher Wert der Urteile, die nach dem Ende des Irak-Krieges abgegeben wurden (nach dem 15.4.2003).

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

in *Kanada* ab; auch für die zweite Jahreshälfte ergeben sich dort hoffnungsvolle Wachstumsperspektiven.

Australien und Neuseeland: Stetiges Wachstum hält trotz gemäßigter Erwartungen an

In den letzten Jahren rechneten die WES-Experten mit einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in *Australien* und *Neuseeland*. Nichtsdestotrotz blieben die Urteile zur allgemeinen Wirtschaftslage über die letzten Jahre hinweg in beiden Ländern sehr positiv. Vermutlich resultiert ein großer Teil der Skepsis hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung in erster Linie aus der allgemeinen Schwäche der Weltwirtschaft und somit möglicherweise aus der Befürchtung, dass die ungünstigen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine negative Auswirkung auf die weltweite Nachfrage und demnach auf den Exportsektor und das Investitionsvolumen dieser Länder haben könnte.

Asien: Wirtschaftsklima hat sich verschlechtert

Auch im April 2003 bleiben die Einschätzungen der WES-Experten zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage unverändert auf einem wenig befriedigenden Niveau. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate haben sich Anfang April deutlich verschlechtert und hellten sich auch Ende April nur geringfügig auf. Das Ende der Kriegshandlungen im *Irak* haben diese Region anscheinend nur wenig berührt. In den konjunkturellen Prognosen hat sich vor allem die Unsicherheit, hervorgerufen durch die Lungenkrankheit SARS, niedergeschlagen. Dennoch bleibt Ostasien eine wirtschaftlich gesehen am stärksten wachsende Region weltweit.

China behält trotz des SARS-Problems die führende Position in Asien hinsichtlich der Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage. Den Erwartungen der WES-Experten zufolge wird sich die Lage in den nächsten sechs Monaten stabilisieren. Einbrüche wegen SARS in bestimmten Sektoren und Regionen können durch starkes Wachstum in nicht betroffenen Industriestandorten sowie anderen Branchen kompensiert werden. Anders in *Hongkong*: die relativ geringe geographische Ausdehnung sowie die Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft wurde besonders stark von SARS in Mitleidenschaft gezogen. Die schwere Situation spiegelt sich in den Einschätzungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage wider, die Ende April auf dem niedrigsten Niveau in ganz Asien gesehen wurde. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate deuten auf keine baldige Erholung hin, auch wenn die Einschätzungen, die Ende April abgegeben wurden, etwas positiver ausfielen als die zu Anfang April.

In *Japan* blieben die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage ebenso wie die Aussichten für das kommende halbe Jahr düster. Ähnlich ungünstige Urteile zur Verfassung der Volkswirtschaften kamen von den WES-Experten aus *Indonesien*, *Korea*, *Nepal*, *Singapur* und *Taiwan*. Auf den *Philippinen* und in *Sri Lanka* zeigte die augenblickliche Lage deutliche Schwächen; in den nächsten sechs Monaten ist nach dem WES-Expertenurteil aber eine Wende zum Besseren wahrscheinlich.

In *Indien*, *Pakistan* und *Vietnam* wird sich die derzeit günstige wirtschaftliche Entwicklung voraussichtlich auch im zweiten Halbjahr fortsetzen, in Thailand und Malaysia jedoch etwas abschwächen.

Südamerika: deutliche Aufhellung des Klimaindikatoren

Nachdem sich der Wirtschaftsklimaindikator zwischen Juli und Oktober 2002 kaum verändert hatte, kam es im Januar 2003 zu einem leichten Anstieg, der sich laut April Umfrage fortgesetzt hat. Die Urteile der WES-Experten fallen jedoch auch im April in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich aus. So wird die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in *Brasilien* von den WES-Teilnehmern als »zufriedenstellend« beurteilt. Die Erwartungen sind optimistisch. In *Chile*, *Peru*, *El Salvador* und *Mexiko* weisen die Erwartungen auf eine Stabilisierung der Ökonomien auf dem derzeit befriedigenden Niveau hin.

In *Argentinien*, *Kolumbien* und *Panama* ist laut Einschätzungen der WES-Experten die aktuelle Wirtschaftslage derzeit ungünstig, im Verlauf des kommenden Halbjahres wird jedoch mit einer Erholung gerechnet. In den übrigen südamerikanischen Staaten wird das Wirtschaftsklima als rau beurteilt, und die Aussichten für die nächsten sechs Monate verheißen kaum eine Aufhellung.

Naher Osten: Positivere Entwicklung erwartet im zweiten Halbjahr 2003

Die durchschnittliche Einschätzung der Wirtschaftslage im Nahen Osten bleibt auch im April auf dem »befriedigend«-Niveau. Die Erwartungen der WES-Teilnehmer für die Entwicklung der Wirtschaften in den nächsten sechs Monaten sind nach Kriegsende wesentlich optimistischer als während der Konflikteskalation.

Die Experten in den *Vereinten Arabischen Emiraten* und in *Saudi Arabien* beurteilten auch im April die gegenwärtige Wirtschaftslage als ausgesprochen günstig. In beiden Ländern, wie im *Nahen Osten* generell, soll die günstige kon-

junktuelle Entwicklung in den nächsten sechs Monaten anhalten bzw. noch stärker anziehen.

Auch in *Bahrein* wird die aktuelle wirtschaftliche Situation als zufriedenstellend eingeschätzt. Die kurzfristigen Erwartungen haben sich nach dem Sturz des Saddam Hussein Regime zum Besseren gewendet.

In *Jordanien*, *Libanon* und *Iran* gehen die Experten nicht davon aus, dass sich die derzeit insgesamt ungünstig beurteilte wirtschaftliche Situation in den nächsten Monaten verbessern wird. In der *Türkei* und *Israel* dagegen sind die Experten optimistischer und erwarten eine deutliche Erholung der derzeit problematischen Wirtschaftslage.

Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen in Afrika

Die durchschnittliche Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage in den afrikanischen Ländern, die in der WES-Umfrage erfasst werden, hatte sich im Januar 2003 gegenüber der Umfrage vom Oktober 2002 verbessert und erreichte im April die »befriedigend«-Schwelle.

Positive Meldungen zur aktuellen Wirtschaftslage und der Entwicklung für die nächsten sechs Monate kommen vor allem aus *Südafrika*. Auch in *Tunesien* stellt sich die Konjunktur laut WES-Experten weiter günstig dar, die wirtschaftliche Lage gilt nun als insgesamt sehr befriedigend und soll sich in den nächsten sechs Monaten weiter stabilisieren.

In den anderen afrikanischen Staaten, welche in der WES-Umfrage erfasst werden, wird überwiegend ein düsteres Bild zur aktuellen Wirtschaftslage gezeichnet. Keine Trendwende der derzeit ungünstigen Entwicklung erwarten insbesondere die Teilnehmer in Algerien und in Simbabwe. Die Aussichten für eine Erholung der Volkswirtschaften hellten sich dagegen vor allem in Ägypten auf, aber auch in Kenia, Marokko und Nigeria soll sich nach Meinung der befragten Teilnehmer die gegenwärtig ungünstige Lage in nächster Zeit etwas bessern.

»Arbeitslosigkeit« und »mangelhafte Nachfrage« bleiben weltweit die meist genannten wirtschaftlichen Probleme

Arbeitslosigkeit bleibt immer noch weltweit das größte wirtschaftliche Problem. *Mangelhafte Nachfrage* rangiert im Durchschnitt der 88 Länder an zweiter Stelle.

Mangelhafte Nachfrage wurde von den WES-Teilnehmern als das wichtigste wirtschaftliche Problem der asiatischen Region gesehen. Besonders deutlich ist es in Hongkong her-

vorgetreten, verschärft durch den SARS-Ausbruch. In Japan und Singapur ist die *mangelhafte Nachfrage* vermutlich auf die allgemeine wirtschaftliche Schwäche zurückzuführen. Das Problem der *Arbeitslosigkeit* belastet in Asien vor allem die Ökonomien in China, Japan, Indonesien, Pakistan, Sri Lanka und Taiwan. An dritter Stelle rangiert in der asiatischen Region der *Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung*. In Indonesien, Japan, Südkorea, Taiwan rückte das *Misstrauen in die Regierungspolitik* auf die erste Stelle und in Hongkong, Pakistan und Philippinen auf die zweite. In Vietnam und Malaysia wird der *Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit* als das wichtigste wirtschaftliche Problem gesehen.

Im Durchschnitt der lateinamerikanischen Staaten sind die *Arbeitslosigkeit*, gefolgt vom *Kapitalmangel*, die meist genannten wirtschaftlichen Probleme der Region. *Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung* hat seit Oktober 2002 an Bedeutung eingebüßt und rangiert im April an dritter Stelle. In fast allen lateinamerikanischen Ländern bereitet die *Arbeitslosigkeit* die größten Schwierigkeiten. Nur in Costa Rica, Ecuador und in etwas geringerem Grad in El Salvador und Paraguay betrachten die WES-Experten andere wirtschaftliche Probleme als bedeutender: insbesondere das *öffentliche Defizit und Auslandsschulden* (in Costa Rica), *mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit und der Kapitalmangel* (in Ecuador), *Handelshemmnisse von Exporten und öffentliche Defizite* (in Paraguay). Das *Misstrauen in die Regierungspolitik* ist nicht mehr ein so wichtiges Thema in Brasilien. Dies zeigt, dass die neue Lula-Regierung zunehmend öffentliches Vertrauen genießt. Anders in Venezuela – hier wurde *Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung* von den WES-Teilnehmer am häufigsten genannt.

Arbeitslosigkeit ist immer noch eines der wichtigsten Probleme in den von WES-Experten erfassten afrikanischen Staaten mit Ausnahme in Simbabwe, wo in erster Linie die *Inflation* als ein akutes Problem angesehen wird. In Südafrika ist neben der *Arbeitslosigkeit*, der *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* das zweitwichtigste Problem. In Kenia und Nigeria sind das *öffentliche Defizit*, die *Auslandsverschuldung* und der *Kapitalmangel* die größten Hindernisse zum wirtschaftlichen Wachstum.

Im Nahen Osten sind wirtschaftliche Probleme von Land zu Land sehr unterschiedlich. In der Türkei und in Israel machen der *Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung* und *Arbeitslosigkeit* den Ökonomien am meisten zu schaffen. In Saudi Arabien und Bahrain ist dagegen der *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* derzeit aktuell. In den Vereinigten Arabischen Emiraten scheint keines von den oben genannten Problemen zu bestehen.

In Westeuropa und in den USA bremst vor allem *mangelhafte Nachfrage* die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung. Sie

rangiert an erster Stelle in Österreich, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz und in den USA und an zweiter Stelle in Deutschland, Italien und Spanien. Die Nummer 2 auf der Problemliste ist die *Arbeitslosigkeit*. Schwierigkeiten werden hierbei insbesondere in Finnland, Frankreich, Griechenland und Spanien gesehen: Unter allen europäischen Ländern taucht nur in Dänemark der *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* auf.

In Osteuropa nahmen solche Probleme, wie der *Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit*, *Kapitalmangel* und *Arbeitslosigkeit*, die ersten drei Ränge auf der Problemliste ein. Nur in Estland steht der *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* an erster Linie. Die *wirtschaftliche Politik der Regierung* scheint in allen osteuropäischen Ländern das Vertrauen der Bevölkerung zu genießen, außer in Lettland und in Jugoslawien.

Russische Experten messen dem *Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit* der heimischen Industrie die größte Bedeutung zu. Der *Kapitalmangel* wurde von den WES-Experten auf den Rang 2 gesetzt. Dafür scheinen keine anderen ökonomischen Probleme die wirtschaftliche Entwicklung in Russland derzeit zu gefährden. In der Ukraine nahm die *Sorge um die öffentlichen Finanzen* etwas zu, welche mit dem *mangelnden Vertrauen in die Regierungspolitik* ganz vorne auf der Problemliste rangierten. In Kasachstan beeinträchtigen der *Mangel an Wettbewerbsfähigkeit*, *Kapital* und *qualifizierten Arbeitskräften* die wirtschaftliche Entwicklung.

In Schweden, Kanada und Australien wurde keinem der oben erwähnten Probleme eine hohe Bedeutung im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder beigemessen.

Zinssätze: Raum für weiteren Rückgang wird eng

Die Phase sinkender kurzfristiger Zinssätze ist zwar noch nicht vorbei, scheint sich aber ihrem Ende zu nähern. In *Nordamerika* – in *Kanada* noch ausgeprägter als in den *USA* – nahm der Anteil der WES-Experten zu, die im Laufe der nächsten sechs Monate sogar leicht steigende kurzfristige Zinsen erwarten.

In *Australien*, wo die Drei-Monats-Zinssätze deutlich höher sind als in den *USA* (4,75% verglichen mit 1,25%), schwächte sich der Zinsanstieg ab und dürfte in den nächsten Monaten auslaufen.

In *West- und Osteuropa* zeigt der Trend der kurzfristigen Zinsen weiter nach unten und dürfte in den nächsten Monaten trotz des bereits erreichten niedrigen Niveaus weiter anhalten. Vor allem die WES-Experten in *Portugal*, *Belgien* und *Deutschland* setzen auf eine weitere geldpolitische Locke-

rung seitens der Europäischen Zentralbank. In *Afrika*, vor allem in *Südafrika*, besteht nach Ansicht der befragten Experten weiterhin eine hohe Wahrscheinlichkeit für Zinssenkungen. In *Lateinamerika* scheint der Aufwärtstrend der kurzfristigen Zinsen auszulaufen.

Nur in wenigen lateinamerikanischen Ländern wie in *Mexiko*, *Kolumbien*, *Costa Rica* und *Paraguay* dürften die Zentralbankzinsen in den nächsten sechs Monaten weiter anziehen. In *Brasilien* und *Argentinien* werden die kurzfristigen Zinsen nach Ansicht der WES-Experten annähernd stabil bleiben oder sogar etwas zurückgehen.

Die mittlerweile sehr niedrigen langfristigen Zinsen werden nach Ansicht der WES-Experten kaum weiter zurückgehen, sondern im Gegenteil im Laufe der nächsten sechs Monate leicht nach oben tendieren. Ein bald beginnender Aufwärtstrend wird vor allem von WES-Experten in *Nordamerika* und *Australien*, aber auch in lateinamerikanischen Ländern, wie *Venezuela* und *Uruguay*, wie auch in asiatischen Ländern, wie den *Philippinen*, *Hongkong* und *Vietnam*, erwartet. In *Westeuropa* wird mit annähernd stabilen Kapitalmarktzinsen im nächsten Halbjahr gerechnet. Auf der anderen Seite dürfte der sinkende Zinstrend am Kapitalmarkt in Osteuropa wie auch im GUS-Raum sowie in asiatischen Ländern wie *Indien*, *Pakistan*, *Thailand* und *Sri Lanka* anhalten. Auch in den meisten afrikanischen Ländern, vor allem in *Südafrika*, ist der nach unten gerichtete Trend der Kapitalmarktzinsen offenbar noch ungebrochen; dies gilt auch für den Nahen Osten, insbesondere für *Israel*, *Jordanien*, *Bahrain* und die *Türkei*.

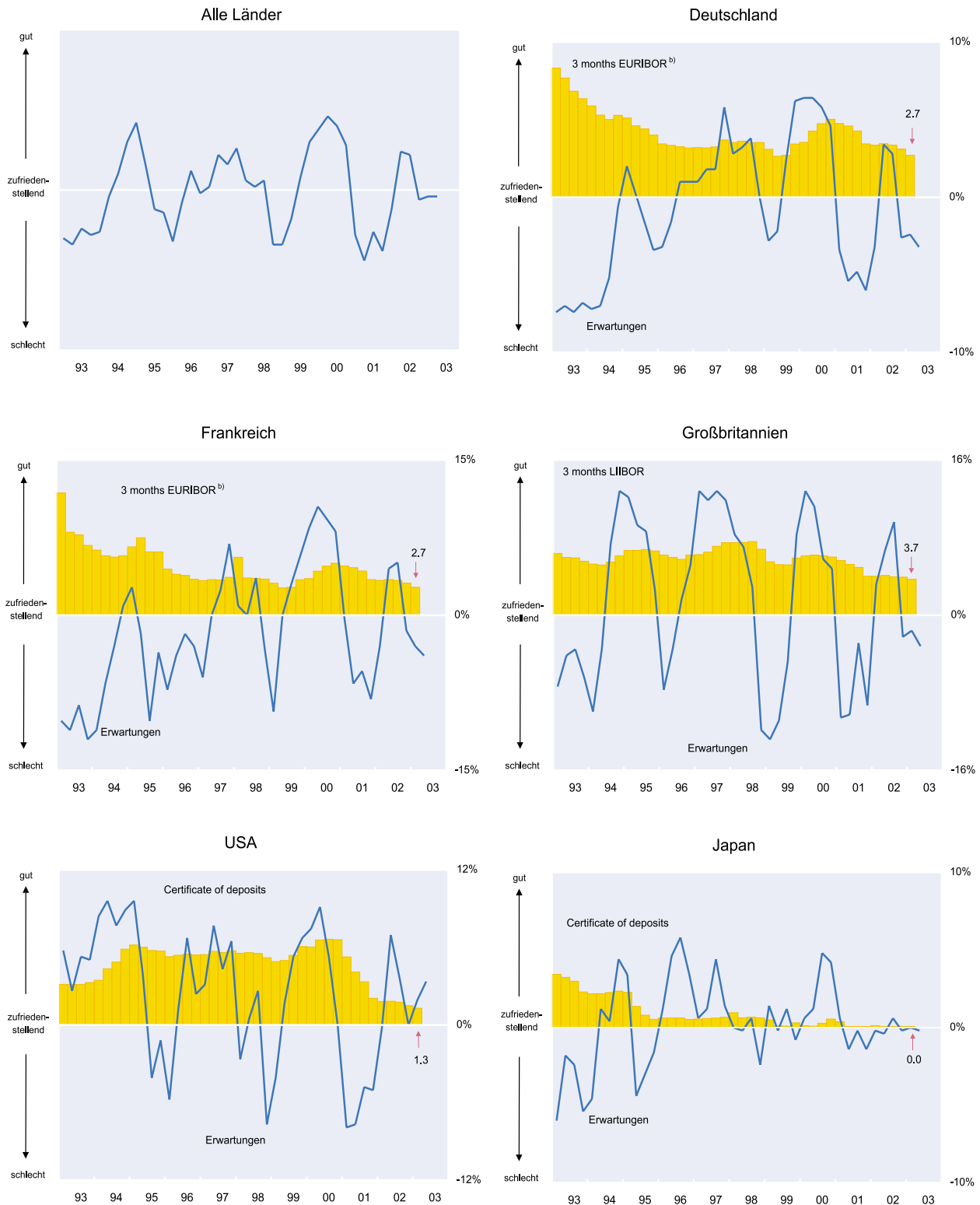
Euro erscheint überbewertet

Häufiger als in der vorangegangenen Erhebung wurde der Euro als überbewertet bezeichnet. Nachdem der Euro seit Abschluss der Erhebung (Ende April) weiter gestiegen ist, dürfte der Grad der von den WES-Experten empfundenen Überbewertung des Euro noch zugenommen haben. Das britische Pfund wird auch nach der bereits eingetretenen Abschwächung immer noch als überbewertet eingestuft, wenn auch weniger stark als in den vorangegangenen Erhebungen. Der US-Dollar erschien den WES-Experten im April nur noch geringfügig überteuert zu sein. Die Relation des Yen zu den anderen Leitwährungen gilt überwiegen als angemessen; die in den vorangegangenen Erhebungen konstatierte Unterbewertung des Yen ist damit weitgehend gewichen.

Der Euro wird nahezu überall als leicht überbewertet eingeschätzt, vor allem im GUS-Raum und im Nahen Osten. Der US-Dollar gilt immer noch als überbewertet gegenüber der eigenen Währung in *Kanada*, *Australien*, *Neuseeland* wie auch *Russland*, *Hongkong*, *Singapur*, *Costa Rica*, *Zypern* und *Estland*. Im Gegensatz dazu gilt die eigene Währung generell,

**Abb. 3
Kurzfristige Zinsen**

– Aktuelle Zinssätze^{a)} und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



^{a)} Quartalswerte. ^{b)} Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

d.h. nicht nur gegenüber dem US-Dollar als überbewertet in *Argentinien* und *Venezuela*; noch ausgeprägter ist diese Einstellung in *Simbabwe*, wo die wirtschaftliche Situation unter allen 88 in die Erhebung einbezogenen Ländern am ungünstigsten ist. Im Gegensatz dazu halten die WES-Experten aus dem GUS-Raum und aus einigen osteuropäischen Ländern wie z.B. *Estland*, ebenso wie Vertreter aus lateinamerikanischen Ländern wie *Brasilien*, *Chile*, *Kolumbien* und *Costa Rica* die Währung ihres eigenen Landes als generell unterbewertet. Diese Einschätzung wird auch geteilt von den WES-Experten aus *Südafrika* wie auch von anderen afrikanischen Ländern wie *Marokko* und *Nigeria*.

Unabhängig von ihrer fundamentalen Einschätzung der Währungsrelationen wurden die WES-Experten gefragt, mit welcher Entwicklung des US-Dollar sie in den nächsten sechs Monaten rechnen. Im Durchschnitt aller 88 Länder wird der US-Dollar als stabil eingeschätzt. Nach Ländern ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede: So wird ein weiteres Absinken des US-Dollar gegenüber den eigenen Währungen in *Kanada* und *Australien* erwartet. In *Westeuropa* wird nur mehr mit einer leichten Abschwächung des US-Dollar gegenüber der jeweiligen eigenen Währung gerechnet. In der Mehrheit der Länder, in *Südamerika* wie auch im *Nahen Osten*, in *Afrika*, im *GUS-Raum*, und auch in *Osteuropa* wird dagegen eine weitere Festigung des US-Dollar erwartet, obgleich er – wie angesprochen – in einer Reihe dieser Länder als fundamental überbewertet eingestuft wird.

Inflationsaussichten unverändert moderat

Im weltweiten Durchschnitt wird ebenso wie zu Jahresanfang mit einem Anstieg der Verbraucherpreise im Jahre 2003 gegenüber dem Vorjahr um 3,2% gerechnet. Dies ist im langfristigen Durchschnitt ein sehr niedriger Wert und signalisiert zum einen, dass der Preisanstieg moderat bleiben wird und dass zum anderen eine Deflation nicht als wahrscheinlich ein-

geschätzt wird. Im Euroraum wird im laufenden Jahr mit einem Preisanstieg von 2,1% gerechnet, was geringfügig niedriger ist als die Schätzung zu Jahresanfang (2,2%). In jenen Euro-Mitgliedsländern, in denen die Preissteigerungsrate deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums liegt, wird nunmehr eine leichte Abschwächung der Inflationsrate für wahrscheinlich gehalten (in Irland nunmehr eine erwartete Inflationsrate in 2003 von 4,7% nach geschätzten 4,9% zu Jahresanfang, in Spanien 3,3% nach 3,4% und in den Niederlanden 2,5% nach ursprünglich erwarteten 2,7%). Das Euro-Mitgliedsland mit der niedrigsten Inflationsrate wird im Jahr 2003 Deutschland mit voraussichtlich 1,3% bleiben. Eine niedrigere Rate innerhalb Westeuropas wird nur in der Schweiz erwartet (0,9% nach 1% in der Januar-Erhebung).

Nach den neuesten WES-Ergebnissen liegen die Inflationserwartungen für 2003 in den *Vereinigten Staaten* mit 2,3% geringfügig höher als in der Januar-Erhebung (2,2%), bleiben aber klar innerhalb der Spanne, die von der Fed als normal erachtet wird (um die 2,5%).

Asien weist weiterhin das bei weitem höchste Niveau an Preisstabilität auf (1,4% verglichen mit 1,5% im Januar 2003). Deflationäre Trends überwiegen weiterhin in *Japan* (-0,5% in 2003 verglichen mit -0,8% in 2002) und *Hongkong* (-1,1% in 2003 verglichen mit -2,1% in 2002), jedoch zu einem geringeren Grad als im vorangegangenen Jahr.

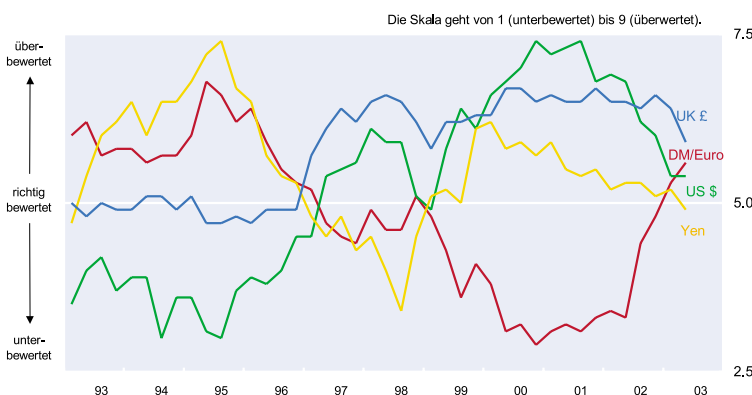
Während in *China* ein leichter Anstieg der Inflation 2003 erwartet wird (von 0,7% in 2002 auf schätzungsweise 1,3% in 2003), bleiben in *Taiwan* die Inflationserwartungen mit 0,7% auf dem Vorjahresniveau; dabei ist die Gefahr einer deflationären Kettenreaktion jedoch immer noch nicht vollkommen überwunden.

Die erwarteten Inflationsraten für Zentral- und Osteuropa sind weiter gesunken (4,3% im April verglichen mit 4,7% in der Januar Erhebung 2003 und 5,3% im letzten Jahr). Die einzigen Länder dieser Region, welche immer noch sehr hohe Inflationsraten aufweisen, sind *Jugoslawien* (9,2% werden dieses Jahr erwartet, im Vergleich zu 17,3% im letzten Jahr) und *Rumänien* (13,6% für dieses Jahr im Vergleich zu 21,2% im letzten Jahr).

In *Zentral- und Lateinamerika* sind die Inflationserwartungen insgesamt mit 10,7% im Vergleich zur Januar Erhebung (9,6%) etwas gestiegen. Nur ein paar Länder, insbesondere *Venezuela*, bewegen sich in entgegengesetzter Richtung: In *Venezuela* erwartet man nun Inflationsraten von 51,1% nach 45% am Anfang des Jahres und 34,5% im Jahr 2002.

Die Inflationsaussichten (14,6%) für *Afrika* sind weniger besorgniserregend, als sie noch am Anfang des Jahres schienen (17,3%), aber trotzdem noch schlechter als im Jahr 2002 (11,9%). Dies ist hauptsächlich zurückzuführen

Abb. 4
Währungsbeurteilung



Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

Tab. 2

Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2003 (im Januar und April 2003)

	WES Q2/2003	WES Q1/2003		WES Q2/2003	WES Q1/2003
DURCHSCHNITT 88 LÄNDER	3,2	3,2	MITTEL- u. LATEINAMERIKA	10,7	9,6
EU-MITGLIEDER	2,2	2,2	ARGENTINIEN	23,1	25,8
EURORAUM	2,1	2,2	BOLIVIEN	4,3	4,3
WESTEUROPA	2,2	2,2	BRASILIEN	11,6	10,1
BELGIEN	1,8	1,7	CHILE	3,3	2,9
DÄNEMARK	2,5	2,5	COSTA RICA	11,5	9,5
DEUTSCHLAND	1,3	1,3	EL SALVADOR	3,0	2,7
FINNLAND	1,7	1,9	ECUADOR	8,2	9,0
FRANKREICH	2,0	1,9	GUATEMALA	-	12,0
GRIECHENLAND	3,8	3,4	KOLUMBIEN	6,7	6,4
GROSSBRITANNIEN	2,7	2,6	MEXIKO	4,9	4,9
IRLAND	4,7	4,9	PANAMA	1,1	1,6
ISLAND	2,0	2,3	PARAGUAY	18,7	17,0
ITALIEN	2,4	2,6	PERU	2,6	2,2
LUXEMBURG	2,2	2,0	URUGUAY	26,0	29,7
NIEDERLANDE	2,5	2,7	VENEZUELA	51,1	45,0
NORWEGEN	2,5	1,2	ASIEN	1,4	1,5
ÖSTERREICH	2,0	1,8	BANGLADESCH	4,6	3,5
PORTUGAL	3,4	3,0	CHINA V.R.	1,3	1,1
SCHWEDEN	2,5	2,4	HONGKONG	-1,1	-0,7
SCHWEIZ	0,9	1,0	INDIEN	4,8	4,5
SPANIEN	3,3	3,4	INDONESIEN	8,9	11,0
ZYPERN	4,5	4,0	JAPAN	-0,5	-0,6
NORD AMERIKA	2,4	2,3	KOREA	3,5	3,0
KANADA	2,9	2,7	MALAYSIA	2,1	2,3
USA	2,3	2,2	MONGOLEI	-	6,5
MITTEL- UND OSTEUROPA	4,3	4,7	PAKISTAN	5,3	5,0
BOSNIEN-HERZEGOWINA	3,0	3,5	PHILIPPINEN	4,2	4,6
BULGARIEN	4,8	4,4	SINGAPUR	1,4	1,8
ESTLAND	3,6	3,9	SRI LANKA	9,2	10,9
JUGOSLAWIEN	9,2	9,3	TAIWAN R.O.C.	0,7	1,1
KROATIEN	3,2	3,2	THAILAND	2,6	2,1
LETTLAND	2,7	2,2	VIETNAM	4,3	4,3
LITAUEN	1,5	1,7	NAHER OSTEN	9,2	7,7
POLEN	1,6	2,0	BAHRAIN	1,0	5,0
RUMÄNIEN	13,6	14,3	IRAN	18,7	14,5
SLOWAKEI	7,9	7,8	ISRAEL	3,0	4,5
SLOWENIEN	5,6	5,8	JORDANIEN	2,3	2,4
TSCHECHISCHE REPUBLIK	1,9	2,6	LIBANON	5,0	3,5
UNGARN	5,2	5,1	SAUDI ARABIEN	1,6	1,1
GUS	12,4	13,3	TÜRKEI	28,4	25,7
GEORGIEN	5,0	5,0	VEREINIGTE ARAB. EMIRATE	2,7	2,3
KASACHSTAN	6,0	5,8	AFRIKA	14,6	17,3
RUSSLAND	14,3	13,8	ÄGYPTEN	6,6	4,0
UKRAINE	6,3	5,0	ALGERIEN	4,0	6,0
USBEKISTAN	-	50,0	GHANA	-	10,0
OZEANIEN	2,9	2,9	KENIA	3,2	4,9
AUSTRALIEN	3,0	3,0	MAROKKO	2,3	2,7
NEUSEELAND	2,4	2,3	MAURITIUS	-	7,0
			NIGERIA	13,0	18,8
			SIMBABWE	378,0	351,1
			SÜDAFRIKA	8,3	8,2
			TUNESIEN	-	3,0

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

ren auf die katastrophale Situation in *Simbabwe*, wo eine Hyperinflation von etwa 380% für 2003 erwartet wird nach einem Anstieg um 135% im letzten Jahr. In *Nigeria* wird die Inflationsrate vermutlich auf 13% in 2003 absinken, am An-

fang des Jahres ging man noch von einer Rate mit ca. 18,8% aus. In *Südafrika* wird damit gerechnet, dass sich die Inflationsrate bei ca. 8,3% einpendelt, im Jahr 2002 lag sie bei 9,5% (vgl. Tab. 2).

Tab. 3
Wachstumserwartungen des BIP im Jahr 2003

	BIP		BIP
DURCHSCHNITT 88 LÄNDER	2,1	MITTEL- u. LATEINAMERIKA	1,5
EU-MITGLIEDER	1,3	ARGENTINIEN	4,1
EURORAUM	1,2	BOLIVIEN	2,4
WESTEUROPA	1,3	BRASILIEN	2,5
BELGIEN	1,2	CHILE	2,9
DÄNEMARK	1,9	COSTA RICA	2,2
DEUTSCHLAND	0,5	EL SALVADOR	2,0
FINNLAND	1,9	ECUADOR	3,0
FRANKREICH	1,4	KOLUMBIEN	2,2
GRIECHENLAND	3,5	MEXIKO	2,2
GROSSBRITANNIEN	1,9	PANAMA	1,3
IRLAND	3,0	PARAGUAY	2,5
ISLAND	3,0	PERU	4,2
ITALIEN	1,2	URUGUAY	-1,3
LUXEMBURG	1,2	VENEZUELA	-13,1
NIEDERLANDE	0,8	ASIEN	3,1
NORWEGEN	1,4	BANGLADESCH	4,7
ÖSTERREICH	1,4	CHINA V.R.	7,2
PORTUGAL	0,9	HONGKONG	1,4
SCHWEDEN	1,3	INDIEN	5,4
SCHWEIZ	0,7	INDONESIEN	3,3
SPANIEN	2,1	JAPAN	0,4
ZYPERN	1,9	KOREA	4,0
NORDAMERIKA	2,2	MALAYSIA	3,6
KANADA	2,7	MONGOLEI	0,5
USA	2,1	PAKISTAN	4,1
MITTEL- UND OSTEUROPA	3,2	PHILIPPINEN	3,9
BOSNIEN-HERZEGOWINA	3,5	SINGAPUR	2,3
BULGARIEN	3,9	SRI LANKA	5,7
ESTLAND	4,5	TAIWAN R.O.C.	3,0
JUGOSLAWIEN	4,3	THAILAND	4,3
KROATIEN	3,2	VIETNAM	6,8
LETTLAND	5,2	NAHER OSTEN	2,9
LITAUEN	5,0	BAHRAIN	4,0
POLEN	2,6	IRAN	5,5
RUMÄNIEN	4,4	ISRAEL	0,8
SLOWAKEI	3,5	JORDANIEN	5,0
SLOWENIEN	3,2	LIBANON	-
TSCHECHISCHE REPUBLIK	2,4	SAUDI ARABIEN	2,4
UNGARN	3,4	TÜRKEI	4,0
GUS	4,7	VEREINIGTE ARAB. EMIRATE	2,8
GEORGIEN	6,5	AFRIKA	3,0
KASACHSTAN	8,0	ÄGYPTEN	1,4
RUSSLAND	4,6	ALGERIEN	4,0
UKRAINE	4,3	GHANA	-
OZEANIEN	3,1	KENIA	1,8
AUSTRALIEN	3,1	MAROKKO	7,6
NEUSEELAND	3,0	TANSANIA	6,0
		NIGERIA	1,0
		SIMBABWE	-9,0
		SÜDAFRIKA	2,8
		TUNESIEN	3,0

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

Weltwirtschaftswachstum 2003: ca. 2,1%

Im Durchschnitt aller 88 in die Befragung einbezogenen Länder wird mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr um 2,1% gerechnet. Weit überdurchschnittlich wird das Wachstum sowohl in den

GUS-Ländern (4,7%) ausfallen als auch in *Asien* (3,1%) und in *Ozeanien* (3,1%).

Das Wirtschaftswachstum im *Nahen Osten* (2,9%) und in *Afrika* (3,0%) liegt etwas über dem Weltwirtschaftswachstum, in *Westeuropa* (1,3%) und in Zentral- und Lateinamerika (1,5%) dagegen deutlich darunter.

Insbesondere in *Venezuela* erwarten die WES-Experten negative Wachstumsraten von ca. – 13,1%.

Innerhalb Westeuropas liegt das voraussichtliche Wirtschaftswachstum 2003 in folgenden Ländern unter 1%: in *Deutschland* bei 0,5%, in der *Schweiz* bei 0,7%, in den *Niederlanden* bei 0,8% und in *Portugal* bei 0,9%. Über dem westeuropäischen Durchschnitt liegen Griechenland, Irland und *Island* (siehe Tab. 3).

ifo/ICC Sonderfrage: Wie werden neue wirtschaftliche Regeln zur Verhinderung terroristischer Akte bewertet?

In den letzten Jahren wurde Terrorismus zu einer multinationalen Gefahr. Terroristische Angriffe in den USA, Bali, Afrika und in Saudi-Arabien beweisen, dass der Schutz des globalen Handelssystems und die Bekämpfung von Terrorismus multinationale Aufgaben geworden sind. Andererseits können die erhöhten Sicherheitsanforderungen zu steigenden Transaktionskosten aufgrund der Verzögerungen und zusätzlichen Ausgaben führen.

Die Sonderfrage in der April-Umfrage zielte auf die wirtschaftlichen Auswirkungen, die sich aus den neuen Handelsregeln ergeben. Eine von diesen Regeln ist z.B. die so genannte »24-Stunden Regel«. Darin wird von den Spediteuren bzw. Seefrachtführern verlangt, Informationen zur Schiffsladung 24 Stunden vor der Beladung des Schiffes an den US-Zoll bzw. entsprechende US-amerikanische Behörden zu leiten. Durch diese Regel wird die Grenze des Staates (in diesem Fall der USA) in die Herkunftsländer der Schiffe »verschoben«. Damit soll erreicht werden, dass potentielle Terrorgefahr bereits vor der Abfahrt des Schiffes erkannt werden kann und nicht erst nach Ankunft im Zielhafen. Diese und ähnliche Regeln sollen verhindern, dass das globale Handelssystem von den Terroristen ausgenutzt werden kann.

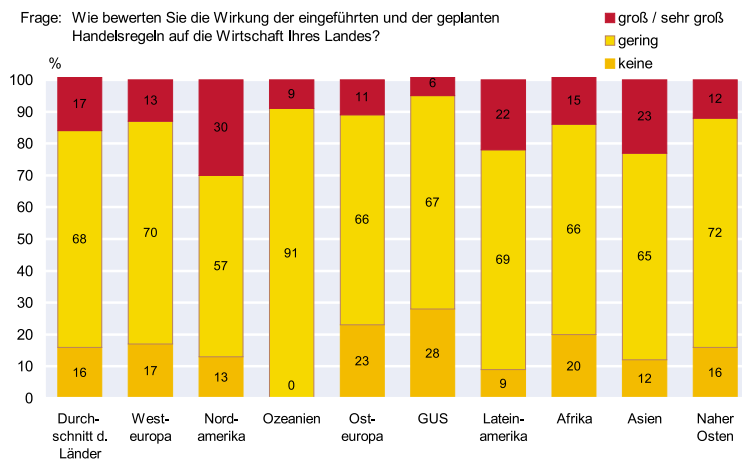
Die Frage wurde in drei Abschnitte untergliedert: der erste Teil befasste sich mit den Auswirkungen der bereits eingeleiteten bzw. geplanten Maßnahmen auf die Wirtschaft des jeweiligen Landes. Der zweite Teil untersuchte, inwieweit die Unternehmen bzw. die befragten Experten mit der Zusammenarbeit der Regierungen und der Wirtschaft bei der Ausarbeitung solcher Regeln zufrieden sind.

Anschließend wurde untersucht, ob es den Regierungen gelingt, durch die internationale Koordination von Sicherheitsmaßnahmen die widersprüchlichen Anforderungen an die exportierenden bzw. importierenden Unternehmen zu minimieren.

A: *Wie stark bewerten Sie die Wirkung der eingeführten und der geplanten Handelsregeln auf die Wirtschaft Ihres Landes?*

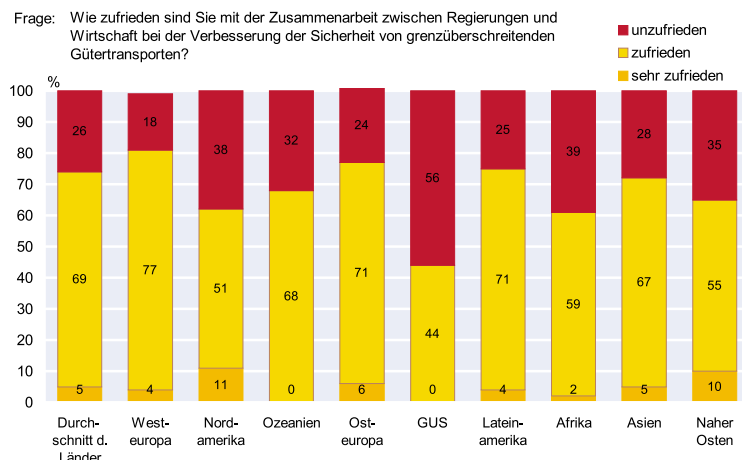
Die Mehrheit (68%) von 942 befragten WES-Experten aus mehr als 85 Ländern sehen die Wirtschaft ihres Landes nur geringfügig durch die neuen Handelsregeln betroffen. Dagegen melden 17% aller Teilnehmer weltweit einen sehr starken bzw. starken negativen Einfluss auf die Wirtschaft ihres Landes durch die erhöhten Sicherheitsmaßnahmen beim globalen Gütertransfer. Diese Meinung war besonders in

Abb. 1a
Beurteilung der neuen Handelsregeln



Quelle: ifo World Economic Survey Q2/2003.

Abb. 2a
Beurteilung der neuen Handelsregeln



Quelle: ifo World Economic Survey Q2/2003.

Nordamerika ausgeprägt (30%), aber auch in Lateinamerika (22%) und Asien (23%) befürchten die Experten eine starke negative Auswirkung der strengen Handelsregeln auf die Geschäftsaktivität.

Tab. 4
Beurteilung der neuen Handelsregeln zur Verminderung der Gefahr durch Terroranschläge *

LÄNDERGRUPPEN	A	B	C	LÄNDERGRUPPEN	A	B	C
DURCHSCHNITT 88 LÄNDER	8,8	8,2	7,8	MITTEL-/LATEINAMERIKA	8,4	7,7	7,7
WESTEUROPA	9,0	8,4	8,0	ARGENTINIEN	9,0	7,5	8,0
BELGIEN	8,5	9,3	8,5	BOLIVIEN	9,8	8,2	9,0
DÄNEMARK	9,3	9,3	9,7	BRASILIEN	8,4	8,5	8,4
DEUTSCHLAND	9,1	8,3	7,9	CHILE	9,4	8,6	8,6
FINNLAND	9,4	8,8	8,3	COSTA RICA	6,3	6,3	6,3
FRANKREICH	9,3	8,7	7,8	ECUADOR	6,6	8,2	6,6
GRIECHENLAND	9,6	8,3	8,3	KOLUMBIEN	9,0	8,3	8,2
GROSSBRITANNIEN	8,8	7,9	7,3	MEXIKO	8,1	7,5	7,5
IRLAND	8,6	7,8	7,4	PANAMA	9,0	7,7	7,7
ITALIEN	8,4	8,7	8,5	PARAGUAY	9,0	7,0	7,0
NIEDERLANDE	9,0	8,6	8,0	PERU	7,2	8,1	8,7
NORWEGEN	9,0	8,2	8,3	URUGUAY	7,7	10,3	10,3
ÖSTERREICH	9,2	8,6	8,1	VENEZUELA	10,3	7,2	6,3
PORTUGAL	8,8	8,3	7,8	ASIEN	8,6	8,2	7,9
SCHWEDEN	9,7	8,8	9,2	BANGLADESCH	5,0	8,0	6,0
SCHWEIZ	9,5	8,8	8,5	CHINA V.R.	9,0	7,9	7,2
SPANIEN	9,1	7,4	6,9	HONGKONG	8,0	8,5	8,0
ZYPERN	11,0	9,0	9,0	INDIEN	8,1	7,8	7,5
MITTEL- & OSTEUROPA	9,6	8,3	8,5	INDONESIEN	7,8	6,0	5,6
BULGARIEN	9,8	8,1	8,2	JAPAN	9,0	7,5	7,4
ESTLAND	11,0	9,0	9,0	KOREA	9,7	9,0	9,0
JUGOSLAWIEN	7,0	7,7	7,0	MALAYSIA	8,8	9,3	8,5
KROATIEN	8,6	8,6	7,7	PAKISTAN	9,0	8,0	7,0
LETTLAND	9,0	7,4	8,2	PHILIPPINEN	8,0	8,0	8,0
LITAUEN	8,5	8,4	8,4	SINGAPUR	9,0	9,0	9,0
POLEN	9,3	7,8	7,9	SRI LANKA	9,8	9,0	9,0
RUMÄNIEN	9,0	8,6	9,0	TAIWAN R.O.C.	8,0	9,0	9,0
SLOWAKEI	10,2	9,3	9,0	THAILAND	6,8	7,8	7,8
SLOWENIEN	10,3	9,7	9,7	VIETNAM	7,8	8,2	8,6
TSCHECHISCHE REPUBLIK	9,9	8,4	8,0	NAHER OSTEN	9,6	8,4	8,3
UNGARN	10,2	8,4	9,3	BAHRAIN	9,0	9,0	7,0
NORDAMERIKA	8,5	8,0	7,1	IRAN	11,7	7,7	6,3
KANADA	6,9	7,4	6,6	ISRAEL	9,5	7,3	8,0
USA	9,0	8,2	7,3	SAUDI ARABIEN	9,7	9,7	10,3
OZEANIEN	8,9	8,3	7,9	TÜRKEI	7,9	7,0	6,8
AUSTRALIEN	9,0	8,6	8,2	VEREINIGTE ARAB. EMIRATE	10,1	9,0	8,3
NEUSEELAND	8,3	7,0	6,7	AFRIKA	9,3	7,9	7,8
GUS	10,1	6,5	7,3	ÄGYPTEN	8,6	7,0	7,2
KASACHSTAN	9,0	7,0	9,0	KENIA	8,4	6,3	7,0
RUSSLAND	10,5	5,9	6,8	MAROKKO	9,0	9,0	9,0
UKRAINE	9,0	9,0	9,0	NIGERIA	10,3	5,0	5,0
				SÜDAFRIKA	8,1	7,4	6,7
				SIMBABWE	10,8	6,3	5,0

A: Wie bewerten Sie die Wirkung der eingeführten und der geplanten Handelsregeln auf die Wirtschaft Ihres Landes? (WES Skala: 13 - überhaupt nicht; 9 - gering; 5 - stark; 1 - sehr stark)

B: Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Wirtschaft bei der Verbesserung der Sicherheit von grenzüberschreitenden Gütertransporten? (WES Skala: 13 - sehr zufrieden; 9 - zufrieden; 5 - unzufrieden; 1 - sehr unzufrieden)

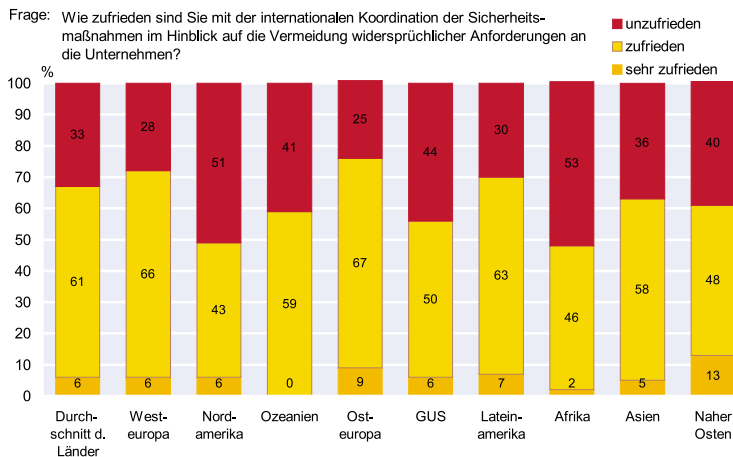
C: Wie zufrieden sind Sie mit der internationalen Koordination der eingeführten Maßnahmen seitens der Regierungen im Hinblick auf die Vermeidung widersprüchlicher Anforderungen an die Unternehmen? (WES Skala: 13 - sehr zufrieden; 9 - zufrieden; 5 - unzufrieden; 1 - sehr unzufrieden)

* In die Auswertung sind nur die Länder einbezogen worden, die zwei oder mehr Teilnehmer hatten

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), Q2/2003.

Abb. 3a

Beurteilung der Handelsregeln



Quelle: ifo World Economic Survey Q2/2003.

B: Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und der Wirtschaft bei der Verbesserung der Sicherheit von grenzüberschreitenden Gütertransporten?

In fast allen Ländern, mit der Ausnahme von GUS, ist die Mehrheit der befragten Experten (zwischen 81% in Westeuropa und 62% in Nordamerika) mit der Kooperation zwischen Regierungen und Wirtschaft zufrieden. Dennoch ist der Anteil der Experten, welche die Zusammenarbeit der Regierungen und der Wirtschaft als unzureichend bezeichnen würden, ebenfalls beträchtlich hoch: Dies ist vor allem in der GUS (56%), in Nordamerika (38%), in Afrika (39%) und im Nahen Osten (35%) der Fall. Die Ergebnisse weisen insgesamt darauf hin, dass bei der Einführung neuer Regelungen und Sicherheitsanforderungen die Regierungen mehr Rücksicht auf die Interessen der Wirtschaft nehmen sollten.

C: Wie zufrieden sind Sie mit der internationalen Koordination der eingeführten Maßnahmen seitens Regierungen im Hinblick auf die Vermeidung widersprüchlicher Anforderungen an die Unternehmen?

Große Bedenken hinsichtlich der internationalen Koordination der Maßnahmen wurden vor allem von den WES-Experten in Nordamerika (51%), aber auch in Afrika (53%), GUS (44%), Ozeanien (41%) und im Nahen Osten (40%) geäußert.

Da die jeweiligen Länder ungleich intensiv von der Einführung der neuen Handelsregeln betroffen sind, beinhaltet Tabelle 4 die durchschnittlichen Bewertungen der WES-Experten aus den jeweiligen Ländern betreffend die drei Aspekte der Sonderfrage.